

Haushaltsrede 2021

Doppelhaushalt 2021/22 – Der Weg aus dem Stärkungspakt

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Anwesende!

Es gibt Zeiten, in denen ist eine nachhaltige Haushaltsplanung an sich bereits eine große Herausforderung, denn es müssen trotz einer großen Ungewissheit Schlüsse aus aktuellen Entwicklungen gezogen werden, was bei unvollständigen Informationen nicht immer ganz einfach ist. Dies gilt umso mehr in Krisenzeiten wie der Finanz- und Bankenkrise in 2008 oder auch der aktuellen Corona-Pandemie.

Wir danken daher dem Kämmerer Alexander Kaiser und dem Fachdienst 2 ausdrücklich für die Vorlage dieses ausgeglichenen Doppelhaushalts für die Jahre 2021 und 2022, der „den Anforderungen der Gemeindeordnung NRW in Bezug auf Haushaltsausgleich in Gänze entspricht“, wie es der Kämmerer in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts Anfang Februar so treffend formuliert hat.

Doch wie schon sein Vorgänger im Amt des Kämmerers, Herr Bremen, so lässt auch Herr Kaiser keinen Zweifel daran, dass ab dem Jahr 2023 im städtischen Haushalt ein deutliches „strukturelles Defizit“ absehbar ist. Bei der Gestaltung des aktuellen Doppelhaushalts haben wir uns daher verpflichtet, keine zusätzliche Belastungen zu beschließen, wenn hierdurch ein ausgeglichener Haushalt gefährdet wäre. Für uns bedeutet nachhaltige Verpflichtung auch, die eigenen Projektplanungen zu priorisieren.

Diese Arbeit ist uns durch die seit nunmehr über einem Jahr unser Leben mitbestimmende Corona-Pandemie nicht erleichtert worden. Ganz im Gegenteil: Nicht nur, dass der Stadt durch den deutlichen Rückgang der

Einkommenssteuer und der Gewerbesteuer Einnahmen fehlen, auch fallen in vielen Bereichen zusätzliche Ausgaben an, die von der Stadt zu tragen sind.

Für die Jahre 2021 bis 2024 rechnet der Kämmerer daher aktuell mit einem durch die Pandemie bedingten Haushaltsminus von mehr als 30 Mio. Euro, das ab 2025 den städtischen Haushalt womöglich zusätzlich belasten wird.

Wir werden diese Herausforderungen, vor denen unsere Stadt aktuell steht, mit Energie, Teamgeist und Tatkraft gemeinsam angehen. Die Betonung liegt hierbei auf „gemeinsam“, also mit den Stadtverordneten, mit der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, – und das mit einem Blick auf das Ganze. Wir müssen endlich weg vom Klein-Klein beim Haushalt und den Projekten hin zu einer eng verzahnten, ganzheitlichen und damit auch fachübergreifenden Gesamtplanung kommen. Ein Abgrenzen auf die eigene Fachlichkeit einzelner Abteilungen, die ausschließliche Betrachtung eigener Stellenpläne oder Teilverantwortungen in Projekten ... ein solches Vorgehen muss der Vergangenheit angehören. Wollen wir das enge Miteinander von Verwaltung, Politik, Bürgerinnen und Bürgern, dann müssen wir in Zukunft auch genauso denken: ganzheitlich und gemeinsam – einfach visionär.

Verwaltung

Die Verwaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger da: Das ist unser Konzept! Hierfür müssen viele tradierte Denk- und Handlungsweisen neu bedacht und überarbeitet werden, die nicht zu einer modernen Verwaltung passen – wie z. B. eine Verpflichtung zur Anwesenheit im Büro. Bedingt durch die Corona-Pandemie wurden hier Entwicklungen nötig (siehe Homeoffice), die es gilt, konsequent weiter auszubauen. Dazu aber braucht es dringend einen Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie der Hard- und Software. Dieser ist in ersten Zügen auch bereits im Haushalt zu finden, geht uns aber noch nicht weit genug: Digitalisierung mit dem Ziel der Arbeitserleichterung und dadurch der Freischaltung von Ressourcen bedarf

auch der Weiterbildung auf Personalentwicklungsebene; digitale Tools auf dem Schreibtisch allein reichen hier nicht aus.

Umwelt und Klimaschutz

Die Themen Umwelt und Klimaschutz werden wir mit neuer, deutlich größerer Priorität versehen. Dazu wird ein **Klimafahrplan** erarbeitet und die geplanten sowie eingeleiteten Maßnahmen unabhängig und öffentlich kontrolliert.

Im Herbst letzten Jahres hat der neue **Klimaschutzmanager** Fabian Onkels seine Arbeit in der Verwaltung aufgenommen und bekommt mit dem heute vorliegenden Doppelhaushalt auch ein entsprechendes Budget für seine Arbeit an die Hand. Auch stellen wir der KDW weitere Personalmittel zur Verfügung, um schneller und flexibler u. a. bei der Pflege und dem Erhalt von Bäumen tätig werden zu können.

Auch bei **Blühwiesen** wird nach Jahren des Rückbaus jetzt wieder deutlich Fahrt aufgenommen. Dass diese ökologischen Nischen zwischenzeitlich fast vollständig aus dem Würselener Stadtbild verschwunden waren, nehmen wir nicht weiter hin, sondern drängen auf einen deutlichen Ausbau!

Wir stehen zur Würselener **Baumschutzsatzung**! Auch sollen ggfs. nötige Ersatzpflanzungen nach Möglichkeit in direkter Nähe zum Standorts eines gefälltten Baums erfolgen. Darüber hinaus sehen wir die Verwendung des § 13a BauGB (beschleunigtes Verfahren) als Ausnahme an und wollen seine Anwendung auf das Mindestmaß reduzieren.

Um der angestrebten klimaneutralen Energieversorgung in Würselen Vorschub zu leisten, werden wir dem Ausbau der **Photovoltaik** auf städtischen und privaten Dächern wieder Priorität geben und wollen die Gewinnung von Energie aus der Sonne bei zukünftigen Bau- und ggfs. auch bei Sanierungsmaßnahmen verpflichtend vorschreiben.

Stadtentwicklung

Kommen wir daher zu den städtebaulichen Fragestellungen, **wo** wir bauen wollen, **wie** wir bauen wollen und **was** wir bauen wollen. Die in den letzten Jahren in Würselen in Mode gekommene Versiegelung von Grünflächen in Ortsrandlagen für Wohnbebauung sehen wir nicht als zukunftssträchtig an. Andererseits ist in Würselen der Bedarf an neuem, insbesondere auch an bezahlbarem Wohnraum vorhanden. Daher befürworten wir die Bebauung bereits versiegelter Flächen (Kinkartz, Kronenbrot), von Freiflächen im Kerngebiet der Innenstadt (Rhenania-Sportplatz, Singergelände) sowie das Schließen von Baulücken, wobei insbesondere im Innenstadtbereich immer auf ausreichend Grün- und Frischluftschneisen zu achten ist.

Eine weitere Option der Innenverdichtung ohne zusätzliche Versiegelung von Flächen ist die **Aufstockung von Bestandsbauten**. Und mit geeigneter Dachbegrünung könnte sogar eine teilweise Entsiegelung erzielt werden.

Bei der Frage, wie wir bauen wollen, stehen ressourcenschonende Methoden klar im Fokus. Wir müssen unseren **CO₂-Footprint** massiv reduzieren, wollen wir die gesteckten Ziele zur Klimaneutralität erreichen. Und dabei kann und darf die Baubranche keine Ausnahme darstellen. Die benötigten Methoden sind bekannt und verfügbar – sie müssen nur angewendet werden! Und hier werden wir neue Anreize schaffen, indem die Auswirkungen einzelner städtischer Maßnahmen in puncto Ressourcenverbrauch, Klimapotenzial, Energieaufwand und Artenvielfalt bilanziert werden, um so zu einem Optimum aus Nutzen, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu gelangen.

Kommen wir zur Frage, was gebaut werden soll: **Bezahlbarer Wohnraum** ist und bleibt in Würselen ein kritisches Thema, dem wir uns im Rahmen der angesprochenen Baumaßnahmen sehr intensiv widmen werden. Das erklärte Ausbauziel von 30% im Bereich des preisgebundenen Wohnungsbaus haben CDU und Grüne im Koalitionsvertrag klar formuliert.

Bei der **Mobilität** steht in Würselen der PKW noch immer an erster Stelle. Viele Großstädte sind bei diesem Thema deutlich weiter und haben die Mobilität ihrer Bürgerinnen und Bürger im Zuge einer sog. Mobilitätswende grundsätzlich neu gedacht. Hierbei wird der PKW nicht aus dem Stadtgebiet verbannt, sondern durch kluge Vernetzung unterschiedlicher Angebote zur Mobilität die Notwendigkeit der Nutzung des PKW auf ein Minimum reduziert. Das hierfür notwendige Mobilitätskonzept für Würselen, bei dem die Themen **ÖPNV, Regio-Tram, Rad- und Fußverkehr** sowie deren Vernetzung eine ganz zentrale Rolle spielen werden, werden wir zeitnah auf den Weg bringen.

Auch soll zeitnah eine Machbarkeitsstudie zur Einführung eines **City-Tarifs** für Busse in Würselen erfolgen. Ähnlich dem City-Tarif in Düren streben wir bei Ein- und Ausstieg auf Würselener Stadtgebiet einen einheitlichen Fahrpreis von 1 Euro je Fahrt an.

Inklusion

Knapp 20% der Menschen in unserer Stadt haben eine Behinderung nach § 2 Abs. 1 SGB IX. Diesen Menschen muss die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und ihren Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Mit der Aufstockung der Verwaltungsstelle „Inklusion“ und weiteren Maßnahmen, wie einem jährlichen Budget für die Förderung von Projekten und Initiativen rund um das Thema Inklusion oder der Einrichtung eines Inklusionsbeirats, tragen wir dem Rechnung.

In vielen Bereichen, wie z. B. dem Bausektor, existieren zwar gesetzliche Vorgaben, deren Einhaltung auch geprüft wird, Menschen mit Behinderung bzw. deren Vertreterinnen und Vertreter sind hingegen eher selten in diese Entscheidungen mit einbezogen. Dieses wollen und werden wir ändern!

Schulen/Kitas

Bei Würselens **Schulen** treffen wir gleich auf mehrere Probleme: Da ist zum einen ein ganz erheblicher Sanierungsstau, den es in den kommenden Jahren gilt, zügig weiter abzubauen. Die hierfür notwendigen Gelder sind in den Haushalt eingestellt und werden wie geplant für die anstehenden Arbeiten verwendet.

Zum anderen fehlt es bei der KGS Sebastianusschule und der Gesamtschule an Platz, ein Problem mit sehr großer und negativer Wirkung, für das sehr kurzfristig eine Lösungen gefunden werden muss. Auch hier sind die notwendigen Gelder für Erweiterungs- oder Neubauten in den Haushalt eingestellt. Was hingegen noch fehlt, sind geeignete Planungen zum weiteren Vorgehen. Es gilt, unmittelbar in die weitere Planung einzusteigen, so dass die benötigten Baumaßnahmen rechtzeitig gestartet werden können.

Diese Probleme an den Schulen hätten durch die Rückbesinnung auf eine alte Tugend durchaus vermieden werden können: Was uns fehlt, ist ein **Stadtentwicklungskonzept**, ein gesamtstädtisches, ressortübergreifendes Leitbild für Würselen mit mittel- bis langfristiger Wirksamkeit und einem Fokus auf Nachhaltigkeit.

Bei der **Erhebung von Beiträgen** für die Betreuung in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und den Offenen Ganztagschulen gehen wir mit dem vorliegenden Doppelhaushalt einen ersten Schritt hin zur angestrebten vollständigen Beitragsbefreiung. So entfallen ab dem Schuljahr 2021/22 die Beiträge in den Einkommensstufen bis 25.000 EUR und ab dem Schuljahr 2022/23 zusätzlich auch in der Einkommensstufe bis 37.000 EUR. Weitere Beitragsbefreiungen sind in Vorbereitung.

In puncto **Digitalisierung** hat es seit Beginn der Ratsperiode hierzu bereits viele konstruktive Vorschläge gegeben. Es liegt nun in unserer Hand, diese zu prüfen und umzusetzen. Hierzu braucht es Mut und Weitsicht, wobei wir auf die Erfahrungen anderer Kommunen zurückgreifen können und werden.

Sport

Wir bewundern die Geduld und Ausdauer, mit der die **Broichweidener Vereine** ihr Konzept nach all den Jahren des Stillstands konsequent weiterverfolgen, und unterstützen sie bei ihren Ansinnen, in Abstimmung mit dem Stadtsportverband an der Parkstraße ein Sport- und Kulturzentrum zu errichten.

Einen weiteren Ausbau größerer Sport-Anlagen, wie dem Jupp-Derwall-Stadion an der Kauseneichsgasse, unterstützen wir hingegen nicht. Unser Fokus liegt hier auf der Förderung des quartiersbezogenen Sports.

Wir unterstützen die Vereine im Würselener Westen in ihrem Wunsch nach Umwandlung einer vorhandenen Spielfläche in eine ganzjährig bespielbare Fläche und sind hierzu in Gesprächen mit den betroffenen Vereinen.

Kultur

Die Corona-Pandemie trifft auch das **Alte Rathaus**. So mussten in 2020 diverse Veranstaltungen und Ausstellungen abgesagt werden. Doch trotz dieser schwierigen Situation können dank strenger Hygiene-Vorschriften weiterhin Musik-Kurse der städtischen Musikschule für Kinder und Jugendliche stattfinden. Darüber hinaus wurde ein Konzept entwickelt, um dem interessierten Publikum online ein Stück Live-Kultur präsentieren zu können. Denn da im Alten Rathaus keine Lüftungsanlage existiert, wird sich der Start in die Saison 2021 mit Veranstaltungen in Präsenz vermutlich verzögern.

Erschwerend kommt noch ein umfangreicher Wasserschaden in der ersten Etage hinzu, der zunächst repariert werden muss. Schade, dass die Sanierung des Alten Rathaus im Rahmen des IHK Anfang 2019 um zwei Jahre auf das Jahr 2022 verschoben worden ist...

Fazit

Der heute vorliegende Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022 ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu einer langfristig ausgerichteten und stabilen Haushaltssituation für unsere Stadt. Mit dem Doppelhaushalt verlassen wir nicht nur den Stärkungspakt, wir stellen auch erste Weichen für unsere Idee und unsere Forderung nach einer verzahnten, ganzheitlichen und ressortübergreifenden Gesamthaushaltsplanung, die auf Basis eines verlässlichen Haushalts ein Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft möglich macht.

Die Fraktion DIE GRÜNEN unterstützt daher den vorliegenden Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Claudia Küppers

Fraktion DIE GRÜNEN
Fraktionsvorsitzende

Michael Jochmann

Fraktion DIE GRÜNEN
Fraktionsvorsitzender